

Per E-Mail
Ratsbüro
Ratsfraktionen

Änderungsantrag zu Ö 13 AT/0024/2023

Koblenz, 27. April 2023

FDP-Stadtratsfraktion Koblenz

Willi-Hörter-Platz 1
56068 Koblenz

T: +49 (0)261 129 1065

Fraktion.FDP@stadt.koblenz.de
www.fdp-fraktion-koblenz.de

Beschlussentwurf:

Der Stadtrat möge beschließen:

Die Verwaltung wird gebeten, ein Konzept zur Nutzung der KIPKI-Fördergelder zu erstellen und dem Stadtrat zeitnah vorzulegen. Die Maßnahmen in diesem Konzept sollen anhand einer Kosten-Nutzen-Analyse bezüglich des Klimaschutzes aus der Positivliste ausgewählt werden. Teure Symbolprojekte, die einen geringen Effekt auf die Verringerung der Treibhausgase haben, sollen nicht in die Projektliste aufgenommen werden.

Zusätzlich wird die Verwaltung gebeten, Maßnahmen zu identifizieren und dem Stadtrat vorzulegen, die potenziell für die wettbewerbliche KIPKI-Förderung in Frage kommen. Dabei soll sich insbesondere auf Projekte zur Verbesserung der Wasserstoffinfrastruktur und der Wasserstoffversorgung für den Verkehr konzentriert werden.

Begründung:

Das Förderprogramm KIPKI wird auf der Webseite der Energieagentur folgendermaßen beschrieben: „Das Kommunale Investitionsprogramm Klimaschutz und Innovation (KIPKI) besteht aus zwei Teilen: Einer Pauschalförderung an alle Verbandsgemeinden mit ihren Ortsgemeinden, Städte und Kreise, die insgesamt 180 Millionen Euro umfasst. Für jede Einwohnerin und jeden Einwohner schüttet die Landesregierung rund 44 Euro aus. Dieses Geld können die Kommunen für Maßnahmen aus einer Positivliste verwenden, beispielsweise zum Aufbau einer nachhaltigen Wärmeversorgung bis hin zur energetischen Sanierung kommunaler Immobilien. Auch die Umsetzung kommunaler Förderprogramme, etwa zu E-Lastenrädern sowie kleinere Maßnahmen, etwa zu Beschattungen auf öffentlichen Plätzen, Schulen und Kitas werden damit möglich. Ein kommunaler finanzieller Eigenanteil ist nicht notwendig. [...] Weitere 60 Millionen Euro stehen im Rahmen eines Wettbewerbs für Klimaschutzmaßnahmen für Kommunen und Unternehmen zur Verfügung. Mit 25 Millionen Euro soll dabei das Thema Wasserstoff gefördert werden. Ein zweiter Schwerpunkt liegt mit 35 Millionen Euro auf der Entwicklung nachhaltiger Innenstädte der Zukunft, der Förderung kommunaler Wärmenetze und

der nachhaltigen Entwicklung sozialer Begegnungsorte in den Kommunen. Die restlichen Mittel sind für Verwaltung und Beratung vorgesehen.“

Die Nutzung solcher, umfassender Fördergelder bedarf eines stringenten Gesamtkonzeptes. Die Gelder dürfen nicht nur für einzelne Symbolprojekte ausgegeben werden. Dies gefährdet die Energiewende und den Klimaschutz in Koblenz.

Die Landesregierung hat Ende des Jahres 2022 eine Wasserstoffstudie vorgestellt. Der Raum um Koblenz wird laut dieser Studie insbesondere in den Bereichen der Wasserstoffinfrastruktur und der Wasserstoffversorgung für den Verkehr wichtig. Die Ergebnisse dieser Studie sollten bei der Nutzung der KIPKI-Fördergelder Beachtung finden.